

# Suche nach dem Leck erfolglos

Ausserordentliche Staatsanwältin stellt nach eineinhalb Jahren das Verfahren ein

Von Jonas Hoskyn

**Liestal.** Obwohl der Fall um den inzwischen pensionierten Baselbieter Kantonstierarzt Ignaz Bloch eigentlich als abgeschlossen gilt, sorgt er hinter den Kulissen der Baselbieter Politik noch immer für Diskussionen. Wie erst jetzt öffentlich wurde, lief seit dem Erscheinen der ersten BaZ-Artikel über die Vorwürfe an den damaligen Kantonstierarzt im Sommer 2013 eine strafrechtliche Untersuchung wegen des Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung gegen unbekannt.

Anzeige erstattet hatte Hanspeter Weibel, SVP-Landrat und Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Er vermutete aufgrund der Artikel, dass der BaZ ein als vertraulich eingestuftes Sitzungsprotokoll zugespielt worden war.

## Ermittlung auch gegen Weibel

Diese Woche stellte die ausserordentliche Obwaldner Staatsanwältin Esther Omlin die Ermittlungen, in deren Verlauf auch der Verfasser dieser Zeilen vorgeladen wurde, erfolglos ein. Omlin wurde in den letzten Jahren schweizweit immer wieder angefragt, wenn eine ausserordentliche Staatsanwältin für Ermittlungen wegen Amtsgeheimnisverletzungen benötigt wurde. So hatte sie auch im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden des Strafverfahrens gegen SVP-Nationalrat Christoph Blocher eine mögliche Amtsgeheimnisverletzung untersucht.

Ironie des Schicksals: Gleichzeitig mit dem Fall Bloch untersuchte Omlin auch, ob Weibel selber im Vorfeld der Abstimmung über die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) das Amtsgeheimnis verletzt hatte, als er und der grünliberale Landrat Gerhard Schafroth als vertraulich eingestufte Informationen aus der Finanzkommission veröffentlichten. Auch dieses Strafverfahren wurde letztlich vollumfänglich eingestellt.

In den letzten Jahren hätten Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung stark zugenommen, sagt Omlin. «Es kann nicht der Sinn des Strafrechts sein, dass wir ständig solche Fälle untersuchen müssen», stellt sie fest. Nicht zuletzt, weil das Verfahren nun aus der Staatskasse bezahlt werden muss.

## Kleiner Kreis von Verdächtigen

Insgesamt sechs Personen hatte Omlin im Rahmen des nun eingestellten Verfahrens einvernommen. «Es war ein verhältnismässig grosser Aufwand



**Hat Anzeige erstattet.** Der GPK-Präsident Hanspeter Weibel will gegen Indiskretionen vorgehen. Foto Pino Covino

für eine Amtsgeheimnisverletzung», sagt sie. Gleichzeitig war der Kreis der Verdächtigen äusserst klein. Innerhalb der Geschäftsprüfungskommission wussten nur Weibel selber und FDP-Landrätin Monica Gschwind, damals Präsidentin der zuständigen Subkommission, über den brisanten Fall Bescheid. Daneben waren nur noch der mittlerweile verstorbene Regierungsrat Peter Zwick, Sicherheitsdirektor Isaac Reber und wenige Kadermitarbeiter der Verwaltung und der Staatsanwaltschaft auf dem Laufenden.

«Die umfangreichen Untersuchungen haben den Verdacht nicht erhärtet, dass das besagte Protokoll in Verletzung der Geheimhaltungspflicht der BaZ

zugestellt wurde», sagt Omlin nun. Dagegen hätten sich Hinweise ergeben, dass die Zitate auch auf anderen Wegen und aus anderen Quellen an die BaZ gelangen konnten. Insofern habe sie das Verfahren vollumfänglich eingestellt.

## Whistleblower in Gefahr

Allerdings ist unklar, ob der Fall damit nun definitiv zu den Akten gelegt wird. Denn Omlin gibt ihre Erkenntnisse nun weiter an die Baselbieter Staatsanwaltschaft, die möglicherweise die Untersuchungen ausweiten und gegen weitere Verdächtige Ermittlungen einleiten wird.

Die Anzeige von Weibel könnte sich somit letztlich als Bumerang erweisen.

## Turbulenzen rund um den Kantonstierarzt

**Liestal.** Der Fall um den ehemaligen Baselbieter Kantonstierarzt Ignaz Bloch sorgte im Sommer 2013 für Unruhe im Baselbiet. Dem Chefbeamten wurden eine Reihe von Verfehlungen vorgeworfen. So soll Bloch illegale Jagden toleriert und befreundete Jäger gedeckt haben. Insgesamt wurden ihm 18 verschiedene Fälle vorgeworfen. Im Laufe der Ermittlungen kam es zum Krach innerhalb der Sicherheitsdirektion. Ein umfangreicher Bericht der Polizei wurde von der zuständigen Staatsanwältin kurzerhand mit der Begründung abgetan, die Vorwürfe seien strafrechtlich nicht relevant. Letztlich informierte ein Whistleblower die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats über den Fall. Diese gelangte an die Regierung und verlangte eine unabhängige administrative Untersuchung, die sowohl die Vorwürfe an den Kantonstierarzt als auch den Streit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft klären sollte. Im Bericht der externen Experten kam der Kantonstierarzt mit einem blauen Auge davon. Den Hauptvorwurf des Amtsmissbrauchs verneinte die beigezogenen Juristen klar. Allerdings würden in der Führungsarbeit gewisse Defizite bestehen. Übrig blieben drei kleinere Verfehlungen Blochs. Letztlich löste Regierungsrat Thomas Weber den Fall Bloch durch die Hintertüre. Im Rahmen einer Reorganisation seiner Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion wurden die Zuständigkeiten neu definiert und das Veterinäramt neu vom Jagd- und Fischereiwesen getrennt. hys

Denn die GPK erfuhr damals von einem Whistleblower von den Ermittlungen gegen den Kantonstierarzt und dem darauf folgenden Krach zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei.

Als das Parlament vergangenen Mai aufgrund eines weiteren Falles über Whistleblower diskutierte, nahm der SVP-Landrat direkt Bezug auf den Fall Bloch und machte sich für einen besseren Schutz für Hinweisgeber und Enthüller aus den Reihen der Verwaltung stark. Wenn die Baselbieter Staatsanwaltschaft nun weiter ermitteln sollte, droht damit allerdings auch die Quelle der GPK aufzufliegen. Hanspeter Weibel selber wollte dies auf Anfrage nicht kommentieren.

## GLP will mehr als beeinflussen

Ziel ist Fraktionsstärke

Von Alessandra Paone

**Liestal.** Mehr Entscheidungsfreiheit, mehr Spielraum, mehr Akzente setzen. Darum geht es den Baselbieter Grünliberalen. Ihr erklärtes Ziel ist es deshalb, bei den bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen am 8. Februar ihre drei bisherigen Landratssitze auf mindestens fünf aufzustocken, um im Kantonsparlament eine eigene Fraktion bilden – und losgelöst von der BDP wirken zu können.

Zusammen mit ihrem Parteipräsidenten Hector Herzig präsentierten die drei GLP-Landräte Hans Furer, Gerhard Schafroth und Daniel Altermatt gestern vor den Medien ihre Qualitäten an. Alle treten in drei Wochen wieder zur Wahl an. Die GLP sei zwar eine kleine Fraktion, jedes einzelne Mitglied habe sich aber seit Amtsantritt in den jeweiligen Themenbereichen zu einem Meinungsführer emporarbeiten können, sagte Herzig. So etwa Schafroth bei Finanz- und Furer bei Kulturthemen.

## Zusammenarbeit mit Mitte

Die Grünliberalen lobten die sachpolitische Zusammenarbeit im Rat mit den anderen Mitteparteien. An dieser wollen sie festhalten, unabhängig davon, ob sie die erhoffte Fraktionsstärke erreichen. Mit einer eigenen Fraktion hätten sie aber die Möglichkeit, eigene Ideen nicht nur einzubringen, sondern auch durchzusetzen, sagte Altermatt. Zum jetzigen Zeitpunkt könne die GLP als Kleinpartei nur beeinflussen, aber kaum eigene Schwerpunkte setzen. «Wir wollen nicht mehr auf andere angewiesen sein», brachte es Schafroth auf den Punkt. Auch wolle die GLP im Landrat als eigenständige Partei wahrgenommen werden und entsprechend auch grünliberale Interessen verfolgen können. Durch die jetzige Situation würden die Ideen, sprich deren Herkunft, verwässert.

Im Vergleich zu 2011 tritt die GLP bei den jetzigen Wahlen in jedem Wahlbezirk mit vollen Listen an. Allerdings sind Kandidaten oft doppelt aufgeführt. Das spiele keine Rolle, beteuerten die Landräte. Fakt sei, dass die Anzahl Kandidaten habe verdoppelt werden können. Die Frage, auf Kosten welcher Partei ein allfälliger Sitzgewinn der Grünliberalen gehen würde, wollte Präsident Herzig nicht beantworten. Er sei kein Fan von Prognosen; abgerechnet werde am 8. Februar. Offen liess Herzig auch, ob die GLP bei den Nationalratswahlen im Herbst wie vor vier Jahren mit der CVP zusammenarbeiten wird.

## Selbstversuch mit der Landrats-Wahlhilfe von Smartvote

# Politisch verwirrt

Von Joël Hoffmann



Die Online-Plattform smartvote.ch ist als Wahlhilfe gedacht. Sie soll Klarheit schaffen und dem Bürger zeigen, welche Partei und welche Kandidaten ihm am

nächsten stehen. Ich habe den Selbstversuch gewagt und bin gemäss Smartvote Grüner, Grünliberaler, Freisinniger, Christdemokrat und Sozialdemokrat. SVP, BDP und EVP sind hingegen nicht so mein Ding. Verwirrung statt Klarheit. Mit Smartvote löst sich das vermutete Parteibuch im Kopf auf und verschwindet im Meer der Beliebtheit. Smartvote ist simpel zu bedienen.

Grundlage für die Berechnung der politischen Präferenzen ist ein Fragebogen von 32 oder 52 Fragen. Man kann zwischen dem kurzen und dem langen Fragebogen wählen. Die Themen reichen von Verkehr bis zum EU-Beitritt – was halt das Baselbiet und die Nation beschäftigt. Man kann «Ja», «eher Ja», «eher Nein», «Nein» und «keine Antwort» anwählen. Themen, die einem besonders am Herzen liegen, kann man höher gewichten; andere, die einem schnurz sind, tiefer.

Nach dem Fragebogen kann man seinen Wahlkreis anklicken. Für die

persönliche Wahlempfehlung kann man zwei Optionen wählen: entweder eine Rangliste der Parteien, die einem am nächsten sind, oder eine konkrete Wahlhilfe mit den Namen der Kandidierenden.

## Von der SP zur FDP

Nun, ich habe das mal durchgespielt, die 52 Fragen beantwortet und mir die Resultate aus allen Wahlkreisen angesehen. Sozialhilfebeiträge senken? Ja, eher Ja, eher Nein, Nein oder keine Antwort? Hmm, ich klicke Nein. Mehr

## Meine Landrats-Wahlzettel sind kunterbunt, wenn auch weniger rot als erwartet.

Überwachung durch den Staat? Sicher nicht. Jugendstrafrecht verschärfen? Hmm, Ja. Politik als Schulfach? Ja, unbedingt.

Das Resultat – ich habe als Erstes Liestal ausgewählt – hat mich offen gestanden überrascht. Ich habe zwar befürchtet, nicht mehr so links zu sein wie damals im Gymnasium. Aber muss mir gleich die FDP am nächsten stehen? Nun gut, ich bin gesellschaftlich liberal und verstehe auch die Anliegen der Unternehmen. Aber Grün (Allschwil) und sogar Grünliberal (Binn-

gen)? Ich weiss nicht, wieso ich so grün sein soll. Gegen Atomkraft bin ich nicht mehr oder weniger als gegen Solarkraftwerke und Autos stören mich kaum mehr als rücksichtslose Velofahrer.

Am Ende hatte ich in vier von zwölf Wahlkreisen die grösste Übereinstimmung mit der FDP, gefolgt von der GLP (drei Wahlkreise). Grün und Christdemokrat bin ich in je zwei Wahlkreisen, und so müsste ich also in die Wahlregion Oberwil ziehen, um meinem sozialdemokratischen Schein-Habitus noch gerecht zu werden.

Nur eine Partei war bei mir immer auf einem der letzten beiden Plätze: die SVP. Sorry, geschätzter Oskar Kämpfer! Ich kann Sie als SVP-Präsidenten nur so weit besänftigen, als dass sich immerhin in Allschwil mit Willy Rütli und Roman Klausner zwei SVPlern auf meinem Wahlzettel befinden, wenn auch mit Etienne Winter ein Linker ganz oben steht.

## Kunterbunter Wahlzettel

Und damit sind wir bei den Kandidaten. Nachdem ich bereits je nach Gemeinde einer anderen Partei nahestehe, werde ich noch verwirrter, wenn ich mir von Smartvote den persönlichen Wahlzettel anzeigen lasse.

Immerhin: Hierbei blutet mein scheinbar von Liberalitis befallenes linkes Herz weniger stark. In Oberwil fil-

len links-grüne Kandidaten sieben von neun Zeilen auf meinem Wahlzettel. SP-Präsidentin Pia Fankhauser ist ebenso dabei wie auch der junge Oberwiler SP-Präsident Adrian Mangold, der auf dem ersten Rang figuriert.

Richtig verwirrt lässt mich Smartvote in Pratteln zurück. Eigentlich habe ich dort die grösste Übereinstimmung mit der GLP. Dennoch stellt die SP vier von acht möglichen Landratsplätzen. Die restlichen vier Zeilen teilen sich GLP und FDP. In Reinach bin ich hingegen ziemlich grün und Smartvote setzt auch deren Fraktionschef Klaus Kirchmayr bei mir ganz oben auf den Zettel. Ein überwiegend Liberaler wäre ich hingegen in Waldenburg, obwohl mit Sandrine Brenzikofen wieder eine Grüne auf Platz eins rangiert. Und im für mich christdemokratischen Laufem macht CVP-Präsident Marc Scherrer das Rennen, aber der ist ja auch liberal.

Meine Wahlzettel sind also kunterbunt, wenn auch weniger rot als erwartet. Wäre ich Landrat, würde ich wohl aus jeder Partei fliegen, weil alle bereits ihren eigenen Querdenker haben. Als Regierungsrat wäre ich hingegen ein «Sachpolitiker» und «Brückenbauer». Soziologe Ueli Mäder wiederum würde meine Resultate wohl als Ausdruck einer postmodernen Identitätsdiffusion deuten. Und Smartvote lehrt mich: Die politische Gesinnung ist tendenziell eine Frage des Wohnortes.

## Nachrichten

### Dornach nimmt Quickline vom Kabelnetz

**Dornach.** Der Gemeinderat will 2015 die Migration der InterGGA zu Quickline prüfen. Deswegen werden keine Quickline-Produkte angeboten. Diese werden am 26. Januar vom Dornacher Netz genommen. Der Gemeinderat bietet in einer Mitteilung auf seiner Website, dass sich all jene, die noch Dienstleistungen der InterGGA/Quickline nutzen, beim Breitband-Kundendienst der Improware melden, damit sie weiterhin ihr Kabelnetz nutzen können.

### Handgreiflichkeiten im Einkaufszentrum

**Rheinfelden (De).** Der Einkauf in einem Rheinfelder Einkaufsmarkt endete am Dienstagabend für zwei Frauen mit einem handfesten Streit und Anzeigen. Zwei seit längerer Zeit im Streit liegende Frauen trafen in einem Einkaufszentrum in der Friedrichstrasse zufällig aufeinander. Ihr Streit glimmte auf und die Damen schrien und spuckten sich gegenseitig an. Auch zu unschönen Worten kam es, worauf eine der Frauen sich diverse Artikel von einem Verkaufstisch griff und nach der anderen warf. Diese wurde von einem Gegenstand am Kopf getroffen und leicht verletzt. Wie die Polizei mitteilt, erstatteten die Frauen Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung.